

Mittwoch (Vormittag), 7. September 2022 / Mercredi matin, 7 septembre 2022

Sicherheitsdirektion / Direction de la sécurité

15 2021.RRGR.399 Motion 279-2021 Brönnimann (Mittelhäusern, GLP)
Eine Polizei für alle Berner und Bernerinnen – Anpassung der Anstellungsvoraussetzungen

15 2021.RRGR.399 Motion 279-2021 Brönnimann (Mittelhäusern, PVL)
Une police pour toute la population bernoise – Ajustement des conditions d'engagement

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 15. Es handelt sich um eine Motion, der Regierungsrat empfiehlt die punktweise Abstimmung. Wir führen eine freie Debatte. Der Motionär hat das Wort.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (GLP), Motionär. Ich freue mich auf eine angeregte Diskussion. Ich glaube, dass bei diesem Geschäft absehbar ist, dass es eine Ausmarchung geben wird – sagen wir einmal – zwischen der etwas konservativen Ratshälfte und der liberalen progressiven Ratshälfte oder, anders gesagt, zwischen jenen Mitgliedern, die etwas mutiger sind, und jenen, die ein wenig am Alten festhalten wollen.

Wir haben ein Problem im Polizeikorps – aus meiner Sicht ein grosses Problem: Wir haben einen massiven Unterbestand. Wir haben hier in diesem Rat dem Polizeidirektor vor nicht allzu langer Zeit eine Aufstockung gewährt. Er kann nachher vielleicht noch ein Wort dazu sagen. Ich habe grösste Zweifel und befürchte, dass es nur eine kleine Chance gibt, dass man die Mittel, die im Budget eingestellt sind, in Personen ummünzen kann. Ich komme anschliessend darauf zurück.

Die Folgen des grossen Unterbestandes sind viele Überstunden im Korps. Das ist schlecht für das Personal, das ist auch schlecht für das Budget des Kantons, weil diese zusätzlich kosten.

Eine weitere Folge ist, dass wir in den Gemeinden zum Teil eine Unterversorgung haben, weil bei einem Unterbestand natürlich zuerst jene Themen mit einer höheren Sicherheitsrelevanz zum Zug kommen. Dies sind z. B. Sportanlässe oder Demonstrationen in der Hauptstadt.

Wir haben eine weitere, ganz wichtige dritte Folge, die der Unterbestand auslöst: Wir haben nämlich einen immer stärker wachsenden privaten Sicherheitsbereich. Dieser Punkt ist mir persönlich ganz wichtig. Es ist schade, dass niemand vom Polizeiverband Bern-Kanton (PVBK) auf der Tribüne ist, aber vielleicht hört Adrian Wüthrich ja zu. Ich glaube, es ist nicht im Interesse des PVBK, dass Sicherheitsdienstleistungen je länger je mehr vom hoheitlichen Bereich in den Privatbereich abwandern. Im privaten Bereich haben wir massiv tiefere Zulassungshürden. Ein Nebenproblem, von dem wir hoffen, dass die SID es demnächst in den Griff bekommt, ist, dass durch die Einführung der Rialto-Software die Effizienz vermindert ist. Faktisch heisst dies, dass wir einen weiteren Verlust von Polizei auf der Strasse bei den Leuten haben.

Die Situation ist also sehr, sehr ernst. Ich war Mitglied der Delegation Hitzkirch. Jahr für Jahr haben wir gesehen, dass wir die Klassen, die wir mit Aspirantinnen und Aspiranten aus dem Kanton Bern füllen möchten, nicht füllen können. Dies ist ja die Voraussetzung dafür, dass wir den Bestand erhöhen können.

Die Regierung führt in ihrer Antwort aus, dass sie vor allem bezüglich hoheitliches Handeln ein Problem sieht. Für mich ist dies ein absolutes Scheinproblem – excusez die Wortwahl. Wir haben ganz viele Personen, die in der Kantonsverwaltung hoheitlich handeln, und da sehen wir auch kein Problem. Es ist selbstverständlich, das möchte ich betonen, dass es in der Kantonspolizei sicherheitspolitische Positionen – oder wie man dem sagt – gibt, die Sicherheitsprüfungen brauchen. Das ist schon heute der Fall. Unter Umständen ist das Bürgerrecht auch in Zukunft für solche Positionen mit relevantem Wissen ein Kriterium. Aber das sind sehr wenige Positionen.

Sie haben es vielleicht in der Zeitung gelesen: Basel hat diesen Umstieg gewagt und fährt sehr gut damit. Vielleicht wird nachher angeführt werden, dass sämtliche Nachbarkantone dies auch nicht machen. Für mich ist dies eine zusätzliche Chance: Wir im Kanton Bern haben ja manchmal ein bisschen Mühe mit den Löhnen, nicht nur bei den Lehrerinnen und Lehrern, sondern auch bei den Polizistinnen und Polizisten. Wenn wir an diesem Punkt vielleicht etwas fortschrittlicher sind, eröffnet uns dies ein zusätzliches Rekrutierungspotenzial. Um wie viele Personen es schätzungsweise gehen würde, ist schwierig zu sagen, aber ich sage mal, dass es vielleicht um die Grössenordnung von 5 bis 10 Personen geht, die man zusätzlich rekrutieren kann, wenn man die Voraussetzungen senkt – «öffnen» ist vielleicht das bessere Wort. Das ist nicht alle Welt, aber in zehn Jahren wären dies vielleicht trotzdem 50 bis 100 Personen – eben genau, was man zusätzlich möchte, nämlich, das Korps aufzustocken. Dies wäre sehr gut, würde aber nicht alle Probleme des Korps lösen.

Zu Punkt 2: Ich war sehr erfreut zu hören, dass der neue Kommandant anscheinend ein offener Geist ist und die Qualifikation im Vordergrund steht. Bei diesem Punkt bin ich einverstanden mit der Abschreibung.

Zu Punkt 3: Hier hat es – glaube ich – zum Teil ein Missverständnis gegeben. Einige haben dies so interpretiert, als ob ich fast schon Quoten verlangen würde, um die Bevölkerung abzubilden. Das ist natürlich nicht der Fall. Selbstverständlich kann die Polizei nie vollkommen repräsentativ für die Bevölkerung sein. Aber es ist doch unbestritten, dass verschiedene kulturelle Hintergründe oder verschiedene sprachliche Fähigkeiten das Korps bereichern würden und es damit ein bürgerfreundlicheres Korps gäbe.

Es ist noch nicht so lange her, dass man als Mann 1,70 m und als Frau mindestens 1,60 m sein musste, um überhaupt Polizistin oder Polizist sein zu dürfen. Dieser alte Zopf ist abgeschnitten. Ich hoffe, dass wir schon bald einen anderen alten Zopf abschneiden, nämlich, die Zulassungsvoraussetzung des Bürgerrechtes zur Ausbildung. Ich freue mich auf eine spannende Diskussion.

Präsident. Die Fraktionen haben das Wort zu dieser Motion. Ich bitte Sie, sich anzumelden – auch wenn es kurz vor dem Mittag ist. – Für die SVP hat Grossrätin Gschwend-Pieren das Wort.

Andrea Gschwend-Pieren, Kaltacker (SVP), Fraktionssprecherin. Als Erstes muss ich mich bei Thomas Brönnimann entschuldigen. Ich habe ihn am Montag bei der Vorstellung des Jahresberichts der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission der interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IGPK) versehentlich als Alt-Grossrat bezeichnet. Dabei steht er ja ganz lebendig hier vorne, ist unter uns und schreibt kreative Vorstösse.

Die SVP folgt bei diesem Vorstoss dem Regierungsrat. Ich möchte kurz auf die einzelnen Punkte eingehen.

Zu Punkt 1, Schweizerbürgerrecht als Anstellungsvoraussetzung. Thomas Brönnimann hat es vorhin schon gesagt: Die Polizei übt ein staatliches Gewaltmonopol aus und führt hoheitliche, hochsensible Aufgaben aus. Dafür ist eine gute Legitimation durch Verfassung und Gesetz unerlässlich – ein Gesetz, das Polizeigesetz (PolG), das übrigens erst Anfang 2019 von der Stimmbevölkerung des Kantons Bern deutlich angenommen wurde. Eine Grundvoraussetzung für die Ausübung der polizeilichen Tätigkeit ist das Schweizerbürgerrecht. Die Einbürgerung ist die letzte und höchste Stufe einer erfolgreichen Integration, die entsprechende Sprachkenntnisse voraussetzt, welche für die Polizistinnen und Polizisten unerlässlich sind. Auch der Vorstand und die Delegiertenversammlung des PVBK unter dessen Präsidenten Alt-Grossrat Adrian Wüthrich lehnen diesen Vorstoss klar und deutlich ab.

Zu Punkt 2, Ausbildungsvoraussetzungen: Aus der Antwort des Regierungsrates wird ganz klar, dass diese Forderung heute bereits umgesetzt ist – der Regierungsrat macht dies deutlich. Deshalb werden wir dies annehmen und abschreiben.

Noch zu Punkt 3: Die Durchmischung im Polizeikorps soll die bernische Bevölkerung besser repräsentieren. Das, liebe Kollegen und Kolleginnen, finden wir von der SVP einen ganz besonders kreativen Punkt. Zuerst habe ich tatsächlich nicht genau gewusst, was der Vorstösser damit meint. Ich habe dann ein wenig gegoogelt: Wer ist die bernische Bevölkerung? Ich habe gesehen, dass rund ein Fünftel Jugendliche, rund 60 Prozent Personen im erwerbsfähigen Alter und rund 22 Prozent

über 65 sind. Ich habe mir vorgestellt, wie es dann wird, falls ich einmal zu schnell fahren sollte und von einem Polizisten angehalten werde, der in die Kategorie der 5 Prozent über 80 gehört.

Das gleich Spielchen können wir betreffend Sprache, Religion, Zivilstand und Geschlecht machen. Ich habe vermutet, dass sich der Vorstösser bei Punkt 3 mit der Durchmischung wahrscheinlich auf das Geschlecht und auf den Frauenanteil bezieht. Ich gehe einfach einmal davon aus, da ich gedacht habe, dass es alles andere fast nicht sein kann. Was das Geschlecht betrifft: An der Polizeischule waren im Jahr 2021 gut 28 Prozent Frauen eingeschrieben. Ja, ich gebe zu: Es ist nicht genau die Hälfte der bernischen Bevölkerung, es sind lediglich gut 28 Prozent. Aber es ist auch zu erwähnen, dass die Polizei Bemühungen unternimmt, um bei der Rekrutierung auch Frauen anzusprechen. Was wollen Sie machen, wenn sie sich nicht einschreiben? Wollen wir die Frauen hinprügeln? Vielleicht muss man sagen, dass es tatsächlich typische Männerberufe und typische Frauenberufe gibt, ohne dass ich hier das Risiko eingehen möchte, mich auf eine Genderdiskussion einzulassen. Man muss vielleicht auch sagen, dass es z. B. bei den Hebammen meines Wissens auch nicht so viele männliche «Hebammende» oder «Hebammeriche» gibt – ich weiss die Bezeichnung nicht genau –, aber da sagt auch niemand etwas. Erzwungene Frauenquoten sind nie gut. Das sieht man bei der Zusammensetzung unseres Bundesrates. Man muss die fähigen Leute und diejenigen, welche die Anstellungsvoraussetzungen erfüllen, nehmen.

Ein Rekrutierungsproblem hat die Kantonspolizei zeitenweise – das stimmt. Aber die Fraktion der SVP ist nicht der Meinung, dass man deswegen das Becken vergrössern sollte, sondern man sollte sich vielleicht fragen, wieso es so schwierig ist, Leute für die Ausbildung bei der Polizei zu gewinnen. Vielleicht sollte man einmal bei den Arbeitsbedingungen anfangen. Vielleicht wäre einmal Respekt ein Thema: Anstand gegenüber der Polizei, sodass Polizisten nicht mehr angeflucht und angespuckt werden, sodass der Respekt verbessert wird, ihnen mehr Wertschätzung entgegengebracht wird. Man muss auch sagen, dass die Polizisten keine Lobby haben. Vielleicht könnte man einmal mit mehr Anerkennung und einer Lobby für die Polizei anfangen, um die Attraktivität zu erhöhen. *(Der Präsident bittet die Rednerin, zum Schluss zu kommen. / Le président demande à l'oratrice de conclure.)*

Die Fraktion der SVP folgt dem Regierungsrat und Adrian Wüthrich: Den 1. und den 3. Punkt lehnen wir einstimmig ab. Den 2. Punkt nehmen wir an und schreiben ihn gleichzeitig ab.

Edith Siegenthaler, Bern (SP), Fraktionssprecherin. Die SP-JUSO-Fraktion unterstützt den Vorstoss. Aus unserer Sicht macht es Sinn, dass das Polizeikorps die Bevölkerung plus/minus abbildet. Eben, plus/minus: Es müssen natürlich Leute im erwerbsfähigen Alter sein. Aus unserer Sicht macht es Sinn, dass das Korps genauso divers aufgestellt ist wie die Berner Bevölkerung. Wir freuen uns darum sehr über die aktiven Bemühungen, welche die Kantonspolizei unternimmt, um mehr Frauen zu rekrutieren. Wir sind überzeugt, dass dies die Dienstleistungen der Kantonspolizei und auch ihre Verankerung in der Gesellschaft stärkt.

Aus unserer Sicht wäre es an der Zeit, den Dienst bei der Kantonspolizei auch für Menschen ohne Schweizerpass zu öffnen. Es wäre eine Bereicherung, wenn Polizisten und Polizistinnen mit noch unterschiedlicheren Hintergründen auf die ganz unterschiedlichen Situationen blicken könnten, mit welchen sie in ihrem Berufsalltag konfrontiert sind.

Schliesslich möchten wir zu bedenken geben, dass die Kantonspolizei wie auch alle anderen Branchen leider vom Fachkräftemangel betroffen ist. Jetzt kann man sich natürlich auf den Standpunkt stellen, dass man auf Fachkräfte ohne Schweizerpass verzichten will, und dass diejenigen, die sich wirklich für den Polizeiberuf interessieren, wie der Regierungsrat schreibt, eine Einbürgerung zugemutet werden kann. Allerdings ist es in Realität wahrscheinlich eher so, dass sich Interessierte am Polizeiberuf auch für andere Berufsbilder begeistern können, die mit etwas weniger Hürden verbunden sind. Damit gehen uns natürlich gute Polizistinnen und Polizisten verloren. Wir von der SP-JUSO-Fraktion glauben nicht, dass wir auf diese Personen einfach verzichten können. Für uns ist eine starke Kantonspolizei, die für die Bevölkerung da ist, auch in Zukunft unverzichtbar. Dafür braucht die Kantonspolizei genügend und gut qualifizierte Mitarbeitende. Dies ermöglicht dieser Vorstoss aus unserer Sicht. Die SP-JUSO-Fraktion wird darum diesen Vorstoss annehmen und hofft auf breite Unterstützung.

Präsident. Ich gebe eine kleine Erinnerung durch: Für unseren neu gegründeten Grossratschor für die kulturell Interessierten in unserem Grossen Rat ist von 12 bis 13 Uhr – ich weiss nicht, wie lange Sie singen mögen – im Keller des Rathauses Übungszeitpunkt. Ich wünsche Ihnen schönes Singen. Allen anderen wünsche ich «e Guete», bis nach dem Mittag.

Die Sitzung endet um 11.45 Uhr. / La séance se termine à 11 heures 45.

Protokoll: / Procès-verbal :

Barbara Buri (d)

Ursula Ruch (f)